

Trotz Ja zur Abschottung : Migration findet statt : von den Gewerkschaften ist eine Politik der Rechte, der Integration und der Solidarität gefordert

Autor(en): **Bozzolini, Guglielmo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **33 (2014)**

Heft 65

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652600>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Trotz Ja zur Abschottung: Migration findet statt

Von den Gewerkschaften ist eine Politik der Rechte, der Integration und der Solidarität gefordert*

Zwei zentrale Ereignisse prägten das erste Semester dieses Jahres: der Sieg der konservativen Rechten am 9. Februar mit der – wenn auch äusserst knappen – Annahme (50,3 Prozent Ja) der «Initiative gegen die Masseneinwanderung», die die Beschränkung der Einwanderung mittels Kontingenten in der Verfassung festschreibt, sowie die Niederlage der Gewerkschaften mit der niederschmetternden Abfuhr der Mindestlohninitiative am 18. Mai. Nach den beiden Volksabstimmungen drängt sich nun eine Standortbestimmung auf. Eine nähere Betrachtung der verschiedenen Szenarien, die sich in der Immigrationspolitik für die Linke im Allgemeinen und die Gewerkschaften im Besonderen ergeben, scheint angebracht.

Beim Vergleich der aus der Vox-Abstimmungsanalyse zur Masseneinwanderungsinitiative gezogenen Schlüsse¹ mit den Stellungnahmen seitens Bundesrat, Presse, Parteien und Wirtschaft zeichnet sich ein klares Bild der Schwierigkeiten ab, mit denen sich die Linke und die Gewerkschaftsbewegung auseinandersetzen müssen. Die Stellungnahmen konzentrierten sich im Wesentlichen und in dieser Reihenfolge auf: die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union, die Zukunft der bilateralen Abkommen und die Möglichkeit, die Annahme der neuen Verfassungsnorm mit dem Freizügigkeitsabkommen zu vereinbaren. Dabei müsse versucht werden, die EU zu einem Kompromiss zu bewegen und gleichzeitig innenpolitisch eine Strategie aufzugleisen, die zu einer erneuten Abstimmung in den nächsten zwei Jahren führt, um das Resultat vom Februar umzukehren.

Die Medienberichte in den Wochen nach der Abstimmung liessen den Eindruck entstehen, es sei in der Abstimmung um die Beziehung der Schweiz zu Europa gegangen und das Resultat stelle ein Novum dar: Es entspreche einer Kehrtwende nach den Abstimmungen der letzten zehn Jahre, die immer die bilateralen Abkommen mit der EU bestätigt hatten. Als Grund dieses radikalen Kurswechsels werden die angeblichen Folgen

* Der Text wurde von der Redaktion leicht gekürzt und mit Zwischentiteln versehen.

der Personenfreizügigkeit angeführt: sich verschärfende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, Lohndumping in den Grenzgebieten, starke Erhöhung der Mieten, Platzmangel in den öffentlichen Verkehrsmitteln, kurz «Dichtestress». Aber auch die Absage an eine total auf quantitatives Wachstum ausgerichtete Wirtschaftspolitik, wachsenden Stress und den ständigen Bedarf nach Raum und Boden sowie das latente Unbehagen gegenüber den autoritären und undemokratischen Charakterzügen, die die Europäische Union annimmt, werden als Gründe aufgeführt. Dies alles passt zum zunehmenden Euroskeptizismus, der sich in der Bevölkerung mehrerer Länder der Europäischen Union ausbreitet.

Votum gegen Zuwanderungspolitik

In Tat und Wahrheit wollte die «Initiative gegen die Masseneinwanderung», ganz im Einklang mit dem gewählten Titel, eine Abstimmung über die schweizerische Zuwanderungspolitik im weitesten Sinn: die Einwanderung aus der EU, aus Nicht-EU-Staaten und von Asylsuchenden. Das Abstimmungsergebnis entspricht denn auch ganz dem Ausgang der Abstimmungen, die seit Beginn des neuen Jahrhunderts zum Thema Immigration durchgeführt wurden: angefangen bei der Ablehnung der erleichterten Einbürgerung der zweiten und dritten Generation von in der Schweiz ansässigen Menschen, weiter zum Burkaverbot im Kanton Tessin und zum verlorenen Referendum gegen das restriktivere Ausländer- und Asylrecht über die Annahme der Ausschaffungsinitiative bis zum Minarettverbot. Die Mehrzahl der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hat in den letzten fünfzehn Jahren immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass sie die Positionen der populistischen Rechten im Grunde billigt. Betrachtet man das Resultat zur Masseneinwanderungsinitiative losgelöst von diesem Kontext, heisst dies, weiterhin die Augen vor der Tatsache zu verschliessen, dass Fremdenfeindlichkeit und Xenophobie in der Schweiz das soziale Gefüge nicht nur zu zerstören drohen, sondern dass sie vielmehr ein Bestandteil davon geworden sind. Es heisst, die starke ideologische und kulturelle Dimension und die Tragweite dieses Abstimmungsergebnisses nicht erkennen zu wollen.

Die Vox-Analyse und die in den letzten Jahren durchgeführten Untersuchungen zeigen, dass der Zuspruch, den einige Kernelemente der Initiative erfahren, wie zum Beispiel der Inländervorrang oder die Annahme, dass es in der Schweiz zu viele Ausländerinnen und Ausländer habe, seit Jahren konstant bleibt und in der Tat viel höher ist (ca. 65 Prozent) als die Zahl der an den Urnen abgegebenen Ja-Stimmen (50,3 Prozent). Diese negative Differenz liesse sich mit der Angst vieler Wählerinnen und Wähler erklären, die für die Wirtschaft als wesentlich erachteten bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union durch eine Zustimmung zur Mas-

seneinwanderungsinitiative zu gefährden. Daraus lässt sich schliessen, dass der Faktor «Beziehungen zu Europa» nicht massgeblich dafür verantwortlich ist, dass die Initiative angenommen worden ist. Im Gegenteil: Er verringert die Zustimmungsrates. Ohne diesen EU-Faktor wäre die Zustimmung wesentlich höher ausgefallen.

Weitere Denkanstösse liefern uns die Stimmbeteiligung und die äusserst knappe Differenz zwischen Ja- und Nein-Stimmen (etwas mehr als 20 000 Stimmen oder 0,6 Prozent). Durch die hohe Stimmbeteiligung (56,57 Prozent) wurde die Masseneinwanderungsinitiative zur wichtigsten Volksabstimmung der letzten zwanzig Jahre und zu einer der fünf wichtigsten seit der Einführung des Frauenstimmrechts (1971). Die Stimmbeteiligung bestätigt, dass das Thema Zuwanderung nach wie vor das Herzstück der helvetischen Politik ist. Es ist die zentrale Frage, mit der sich die Menschen identifizieren und die die Trennungslinie zwischen rechts und links, zwischen konservativen und progressiven Kräften markiert. Die geringe Differenz zwischen Ja- und Nein-Stimmen zeigt indes auf, dass eine etwas anders gelagerte Kampagne der Gegner der Initiative den Ausgang der Abstimmung hätte entscheidend beeinflussen können.

Fragwürdige Haltung der Gewerkschaften

Vor dem Hintergrund dieser beiden Feststellungen sticht die Orientierungslosigkeit der Linken und insbesondere der Gewerkschaftsbewegung hervor. Deren schwaches Engagement in der Abstimmungskampagne hatte gravierende Auswirkungen auf den Ausgang der Abstimmung und lässt sich dadurch erklären, dass zwei weitreichende Fehlbeurteilungen begangen wurden: Zum einen wurde die Bedeutung der Zuwanderungsthematik unterschätzt und zum anderen dachte man, die Unternehmen und die Arbeitgeberlobby würden die Kampagne so oder so beherrschen und die Abstimmung gewinnen.

Zur Migrationsfrage: Die Bedeutung eines für das politische Leben in der Schweiz und auch für die politischen und sozialen Organisationen selbst zentralen Themas zu unterschätzen ist auf jeden Fall eine höchst gravierende Fehlleistung der Gewerkschaften, in der ja die Mehrheit der Mitglieder Migrantinnen und Migranten sind. Es ist ein Zeichen dafür, dass man den Pulsschlag der Gesellschaft nicht mehr spürt, dass man Mühe hat, zu erkennen, was sie bewegt und umgestaltet. Es zeigt auch, dass nicht verstanden wurde, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten neu strukturiert und welche spezifische Gestalt sie in der Schweiz angenommen hat, nämlich eine Form, die der italienische Soziologe Luca Ricolfi² als «società signorile» definiert. Eine Gesellschaft, in der gegenüber einer aus den «Herren» der globalisierten Wirtschaft bestehenden Elite³ und einer Mittelschicht, die ihr zahlenmässig weitaus überlegen ist und die in

einem stets wachsenden Wohlstand lebt oder zumindest – verglichen mit anderen europäischen Ländern – viel weniger von der Krise betroffen ist, 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung die härtesten und undankbarsten Hilfsarbeiten verrichten und sich somit als «Untergeordnete»⁴ in den Dienst des privilegierten Teils der Gesellschaft stellen. Dies ist die andere Seite der Medaille der 24-Stunden-Gesellschaft, der stetig wachsenden Nachfrage nach Dienstleistungen und der Überalterung der Bevölkerung. Diese Rolle ist den Migrantinnen und hier besonders den Migrantinnen vorbehalten. Ihr Ausschluss von den politischen Rechten und die Prekarisierung des Aufenthaltsstatus gehen mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterordnung einher. Diese «Unterordnung» – so zeigt die Vox-Analyse – wird von der schweizerischen Bevölkerung erkannt, gebilligt und unterstützt und ist somit einer der Grundpfeiler, auf dem dieser «Vertrag» zwischen Elite und Mittelschicht abgestützt ist.

Die durch die Abstimmung vom Februar ersichtliche Fremdenfeindlichkeit ist nicht als Rassismus im herkömmlichen Sinn zu verstehen. Sie ergibt sich aus der Verteidigung des eigenen Status durch Ausschluss und Verringerung der sozialen Mobilität der Anderen (der Immigrantinnen, der Ausländer, der Neuen), bei absolut fehlenden Solidaritätsmechanismen. Nur in Anbetracht dieses Sachverhalts wird verständlich, weshalb die Mindestlohninitiative so massiv verworfen wurde.

Personenfreizügigkeit als Recht auf Gleichheit und Emanzipation

Die Personenfreizügigkeit ist das einzige Element, das nicht in dieses Schema passt. Wenn inländische und ausländische Arbeitnehmende auf die gleiche Stufe gesetzt werden, dann nicht im Sinne eines neoliberalen Projektes, das das Ziel verfolgt, sie noch mehr auszubeuten, indem sie untereinander einem immer heftigeren Konkurrenzkampf ausgesetzt werden, wie man nur zu oft aus Gewerkschaftskreisen hört. Nein, es ist ein rechtliches Instrument, mit dem die erzwungene Unterordnung der Migrantinnenarbeit behoben wird. Es ist eines der Elemente, die zu Gleichheit und Emanzipation führen!⁵ Die Deregulierung der Arbeitsmärkte findet auch ohne Einfluss der Personenfreizügigkeit statt, wie die Beispiele aus Spanien und Italien, aber auch Deutschland (Hartz IV, Ich-AG usw.) zeigen.

Zur Delegation des Abstimmungskampfs an die Arbeitgeberseite: Wenn nun, wie geschehen, eine tief «kulturbezogene und identitätsstiftende» Kampagne, in der Ideen, Werte und unterschiedliche Ansätze, um mit der Komplexität einer multikulturellen Gesellschaft und ihren Globalisierungsprozessen umzugehen, einfach an die Arbeitgeberverbände delegiert wird, hat das Folgen. Die linken Initiativgegner wurden massiv geschwächt und ihres Potentials beraubt. Dafür wurde mitgeholfen, den Abwehrreflex gegenüber dem freien Personenverkehr schon fast salonfä-

hig zu machen und zu rechtfertigen. Im Übrigen wurde auch die Bedeutung des freien Personenverkehrs für die Unternehmer überschätzt und somit das Engagement, das diese an den Tag legen würden, um einen Konsens zu finden.

Die Monate nach der Abstimmung haben gezeigt, dass sich die Interessen der Wirtschaft und die fremdenfeindliche Einstellung einer Bevölkerungsmehrheit durchaus treffen können. So dreht sich derzeit in der Schweiz des 21. Jahrhunderts die Vermittlung zwischen Wirtschaft und Politik um die Prekarisierung der Immigration: starke Eindämmung der festen und stabilen Einwanderung, praktisch unbeschränkte Erweiterung der Grenzgängerarbeit und der Kurzarbeitsbewilligungen. Die Tatsache, dass dieses mögliche Szenario von der linken Gegnerschaft nicht vorher erkannt wurde und dass man bis ein paar Wochen vor der Abstimmung nur auf die Probleme hingewiesen hat, die mit der Personenfreizügigkeit und dem durch die Konkurrenz der ausländischen Firmen entstandenen Lohndumping usw. verbunden sind, ist ein unverzeihlicher Fehler. Die Folgen einer Umwandlung des grössten Teils der Einwanderungsströme⁶ in zeitlich begrenzte Arbeitsbewilligungen wären mittelfristig verheerend:⁷

- Zeitlich begrenzte Arbeitsbewilligungen würden sämtliche Probleme des alten und unmenschlichen Saisonierstatuts wieder aufleben lassen: keine Möglichkeit, mit der eigenen Familie zu leben oder Wohnort und Arbeitgeber zu wechseln usw. Neu sehen sie aber keine Umwandlungsmöglichkeit in fixe Aufenthaltsbewilligungen mehr vor. Für die Betroffenen hiesse diese Neuerung, ein Leben lang im Prekariat gefangen zu sein!
- Prekäre Aufenthaltsbedingungen führen zwangsläufig zu prekären Arbeitsverhältnissen. Angesichts der Entwicklung der Schweizer Wirtschaft würden die begrenzt gültigen Bewilligungen in allen Wirtschaftszweigen eingeführt, und nicht nur in denjenigen Branchen, die naturgemäss an eine Saison gebunden sind. Die Besetzung des grössten Teils der Arbeitsstellen durch Migrantinnen und Migranten mit einer Kurzarbeitsbewilligung würde in den Betrieben aber nur funktionieren, wenn die Rekrutierung und die Einstellung an Dritte delegiert würden.⁸ Die Folge wäre eine explosionsartige Zunahme von Outsourcing und Temporärarbeit⁹ mit der daraus resultierenden Prekarisierung ganzer Wirtschaftsbranchen, insbesondere des Dienstleistungssektors.
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ungesicherten Arbeitsverhältnissen, vor allem Migrantinnen und Migranten, für die auch das Privatleben (Aufenthaltserlaubnis) eng mit der Erneuerung des Arbeitsvertrages verbunden ist, sind naturgemäss erpressbar und gezwungen, alle Bedingungen zu akzeptieren.¹⁰ Bezogen auf das Lohndumping bei-

spielsweise, würde dies in allen Bereichen alles übertreffen, was bisher seit der Einführung der Personenfreizügigkeit je beobachtet wurde.

- Die explosionsartige Zunahme der zeitlich begrenzten Einwanderung würde der ganzen Integrationspolitik Sinn und Nutzen nehmen. Es würden sich die bekannten Szenarien wiederholen, in denen Gemeinschaften voneinander abgeschottet auf demselben Territorium leben, ohne sich zu begegnen und ohne zu kommunizieren – wie von Amartya Sen mit dem Begriff des «pluralen Monokulturalismus»¹¹ treffend beschrieben. Es wäre das Ende des Aufbauprozesses einer modernen, multikulturellen Gesellschaft.

«Sicherheit» durch Ausschluss

Die ganze Tragweite des von der Gewerkschaft begangenen doppelten Fehlers wird erst nach der eklatanten Niederlage der Mindestlohninitiative vom 18. Mai sichtbar. Der Hintergrund, der zu diesem Scheitern geführt hat, ist der gleiche: die vorherrschende Meinung in der Bevölkerung, dass die Arbeitsbedingungen nicht durch eine Ausweitung der Rechte verbessert und gestärkt werden, sondern indem einigen Bevölkerungskreisen der Zugang dazu verwehrt bleibt – ein Sieg des Ausschlusses über die Einbindung und eine tiefe Kluft, die die Arbeitswelt spaltet.

Es ist auch das Ergebnis einer zwanzigjährigen Periode, in der das Gedankengut von Christoph Blocher und seiner SVP bis tief in die Massenkultur hinein seine Spuren hinterlässt: Überzeugungen, wonach die Synthese zwischen Wirtschaftsliberalismus und globalisierter Wirtschaft auf der einen Seite und Nationalismus und Lokalismus auf der anderen Seite in der populistischen und auf Ausschluss fokussierten Verherrlichung der Schweizer «Gemeinschaft» mit ihrer eigenen besonderen Geschichte und Kultur gesehen wird. Es sind Überzeugungen, die sich nunmehr auch weit jenseits der angestammten Reviere¹² der Rechten verankert haben und die die Linke mit der von ihr verfolgten Strategie in den Verhandlungen über die Personenfreizügigkeitsabkommen sicher nicht bekämpft hat. Ein Kernelement dieser Strategie ist das «Ja, aber ...»-Spiel gegenüber den Bundesbehörden, um Verbesserungen bei den Begleitmassnahmen gegen das Lohndumping zu erzwingen, oder auch die ständigen Drohungen, man würde Abkommen mit der EU bekämpfen, wenn diese Verbesserungen nicht gewährt würden. Dies mit der dreifachen Konsequenz, dass sich nunmehr die Vorstellung, der freie Personenverkehr wirke sich problematisch auf den Arbeitsmarkt aus, auch in den Köpfen von Menschen aus Bevölkerungsschichten eingenistet hat, die gar nicht direkt betroffen sind. Die Kampagne gegen das Lohndumping nimmt manchmal die Form einer veritablen Hexenjagd auf Unternehmen und Arbeitnehmende aus dem Ausland an, während die Gewerkschaften von den ohne regulären Status

arbeitenden Frauen und Männern und den Sans-Papiers immer mehr als Problem erlebt werden.

Die doppelte Niederlage vom 9. Februar und vom 18. Mai ist somit keine Folge von momentanen taktischen Fehlern, sondern Konsequenz einer über längere Zeit gewachsenen Haltung. So wird etwa im Leitungsgremium der grössten schweizerischen Gewerkschaft, der Unia, immer noch mit abstrakten, ideologischen Kategorien argumentiert, die mit der sich im Laufe der Jahre gefestigten Realität auch in Bezug auf die Rolle der Gewerkschaft wenig zu tun haben. Weiterhin herrscht das absolute Primat des Lohns¹³ gegenüber allen anderen Rechten vor (zum Beispiel Sicherheit des Wohndomizils) sowie die Überzeugung, dass sich Arbeit und Lohn der ansässigen Bevölkerung vor allem durch die Beschränkung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt schützen lassen. Das aber heisst, eine korporative Kultur und Haltung weiterbestehen zu lassen, in der die Rechte der einen durch die Beschneidung der Rechte der anderen verteidigt werden, mit der Konsequenz, dass es zum Bruch kommt zwischen denjenigen, die drinnen sind, und denjenigen, die draussen bleiben; dass es so sein wird, dass der eine den anderen als Gefahr für das eigene Einkommen und für die eigene Karriere wahrnimmt; dass sich ein immer grösserer Graben öffnet zwischen denjenigen, die zum «Paradies Schweiz» Zutritt haben, und denjenigen, die davon ausgeschlossen sind. Die neue Leitung der Gewerkschaftsbewegung, zu der in den letzten Jahren immer mehr Vertreterinnen und Vertreter der zweiten Generationen von ImmigrantInnen gehören, tut gut daran, diese Haltung schleunigst über Bord zu werfen. Nur so kann sie in der nach dem katastrophalen Ausgang der Abstimmung über die Zuwanderungsinitiative entstandenen Bewegung eine Schlüsselrolle einnehmen. Mit der Ecopop-Initiative¹⁴ wartet nun die nächste grosse Herausforderung auf sie.

Die oben beschriebene Interpretation trifft im Übrigen auch auf die schon gefestigten Migrantengemeinschaften zu, die teilweise der «Ersatz»-Konkurrenz durch die neuen Migrationsflüsse ausgesetzt sind, oft mit Einwanderern, die beispielsweise über ein höheres Bildungsniveau verfügen. Diese Gemeinschaften haben sich mittlerweile an die vorherrschende politische Kultur assimiliert und erliegen den irrtümlicherweise als beruhigend empfundenen Beschwichtigungen, die von der SVP unermüdlich wiederholt werden, etwa dass die Rechte der Leute, die schon hier sind, nicht angetastet werden. Anders wäre zum Beispiel das Verhalten der italienischen Gemeinschaft nicht zu erklären. Mit über dreihunderttausend Doppelbürgerinnen und Doppelbürgern und einer langen und bewegten Migrationsgeschichte hätte sie eine entscheidende Rolle spielen und die populistische Rechte in die Schranken weisen können. Stattdessen blieb sie untätig, dachte, sie sei nicht unmittelbar betroffen. Und dies, obschon

gerade jetzt aus Italien jedes Jahr wieder Zehntausende von Menschen in die Schweiz einwandern und es gerade die Italienerinnen und Italiener sind, die im Zentrum der Lohndumping-Problematik im Zusammenhang mit den GrenzgängerInnen stehen.

Für ein solidarisches Gesellschaftsmodell

Das Spiel ist allerdings noch nicht aus, im Gegenteil. Mit den Abstimmungen im ersten Semester dieses Jahres ist es erst eröffnet worden. Für die Gestaltung unserer Zukunft braucht es nun drei Schritte: 1) eine Abfuhr der Ecopop-Initiative; 2) die Neubelebung der sozialen Bewegung für die Rechte der MigrantInnen, auf dass die Kräfteverhältnisse langfristig neu gestaltet werden und die Bundes- und Kantonspolitik beeinflusst werden können; 3) die Schaffung der Bedingungen für eine neue Abstimmung über die Beziehungen mit Europa und über die Personenfreizügigkeit.

Die Art und Weise, wie sich die letzten beiden Volksabstimmungen abgespielt haben, zeigt, dass es hier um die Auseinandersetzung zwischen zwei Gesellschaftsmodellen gehen wird: auf der einen Seite der Populismus, als Synthese zwischen Wirtschaftsliberalismus und Abschottung der Gesellschaft, auf der anderen Seite die Vorstellung eines Landes, das «offen und solidarisch»¹⁵ ist, das heisst ein in die internationale Gemeinschaft integriertes Land, in dem die Sicherheit der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in Verbindung mit der Ausweitung ihrer Rechte steht: Recht auf Arbeit, auf ein würdiges Leben, Recht, sich Krieg, Hunger und Elend entziehen zu können, Recht auf Selbstverwirklichung, auf Chancen für persönliche und berufliche Weiterentwicklung, auf ein Zusammenleben mit der eigenen Familie, auf soziale Sicherheit, und zwar unabhängig vom Pass und ohne geschlossenen Grenzen. Deswegen braucht es die (Neu-)Schaffung einer fortschrittlichen und solidarischen Kritik der Globalisierungsprozesse und des Wirtschaftsmodells, als Alternative zum Nationalpopulismus der Rechten und zum blinden Fortschrittsdrang der Neoliberalen, es braucht eine kritische Auseinandersetzung mit den Formen der direkten Demokratie, konkrete und kohärente Ideen zur Immigrationspolitik und eine Strategie, um sie durchzusetzen.

Die direkte Demokratie ist ein Wert, hinter dem die Schweizer Bevölkerung praktisch geschlossen steht. Sie wird, auch von der Linken, oft als die einzige Form echter Demokratie verstanden oder zumindest als die beste Möglichkeit der Mitwirkung der Menschen in Entscheidungsprozessen. In der Realität zeigten die Volksabstimmungen der letzten Jahre, dass sich dieses Instrument zu einer weiteren Form der Diskriminierung der Ausgeschlossenen gewandelt hat. Deshalb müssen unveränderbare Grundregeln eingeführt und Schutzmassnahmen für «nicht territoriale» Minderheiten (unter anderem für Migrantinnen und Migranten) eingebaut

werden. Die Abstimmung zur Einführung von Mindestlöhnen führt plastisch vor Augen, dass die Volksabstimmung völlig ungeeignet ist, um für die Rechte einer Minderheit einzustehen, die von den politischen Rechten ausgeschlossen ist. Als Mittel zur Wahrung der Rechte der Migrantinnen und Migranten ist die direkte Demokratie unbrauchbar.¹⁶

Für die Gewerkschaft und für die Linke im Allgemeinen heisst dies, kritisch die eigenen Praktiken und Gewohnheiten zu hinterfragen. Nebst den Gesamtarbeitsverträgen und den Volksabstimmungen müssen auch die Verhandlungen mit den Behörden und Institutionen über alle für die ArbeitnehmerInnen und die MigrantInnen wichtigen Themen zu unserem Rüstzeug gehören. Dabei stützen wir uns auf strukturierte Formen der Mobilisierung der Migrantinnen und Migranten und eignen uns die Erfahrungen und Traditionen der europäischen Gewerkschaftsbewegungen in ihrer ganzen Bandbreite wieder an, angefangen beim klassischsten aller Instrumente, dem Streik!

Bei der Definition eines konkreten Programms, aufgrund dessen eine Allianz aufgebaut und Konsens gefunden werden kann, kommt man an der Tatsache nicht vorbei, dass in allen europäischen Ländern und in den USA die Erfahrung gemacht wurde, dass Immigration nicht aufzuhalten ist. Sie wird weder von den Tausenden Toten im Mittelmeer aufgehalten, noch von Stacheldraht, bewaffneten Grenzschutz, militärisch abgeschirmten Grenzen oder Rassismus. Sämtliche Versuche, die Grenzen zu schliessen und die «Eingangs-Migrationsflüsse» zu «blockieren» oder zu «regeln», führten zu Tod, illegaler Immigration, Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit.

Die Migrationsströme, die historisch bedingt durch das Zusammenreffen der Bedürfnisse der Ursprungsländer mit denjenigen der Zielländer bestimmt werden (Überbevölkerung – Kolonialisierung; Krise und Elend – fordistische Expansion usw.), werden derzeit (in Europa und allgemein auf der nördlichen Halbkugel) einzig und allein durch die Bedingungen in den Ursprungsländern bestimmt, nämlich durch die Unmöglichkeit, im eigenen Land sein Recht auf ein würdiges Leben zu verwirklichen, durch Perspektivlosigkeit, durch die «libertà di dover partire»¹⁷! Die einzige Lösung, um der Migration Herr zu werden, ist, sie der Illegalität zu entziehen, zu erlauben, dass die Menschen sich frei bewegen dürfen, im Tageslicht. Das heisst freier Personenverkehr. Alles andere ist zum Scheitern verurteilt.

Die Personenfreizügigkeit muss aber durch das Arbeitsrecht geregelt und durch Unterstützungsmassnahmen derjenigen Gebiete begleitet werden, die mit Schwierigkeiten kämpfen (Grenz- und/oder Eintrittszonen, z. B. das Tessin). Dabei darf man sich aber nicht auf den Schutz der Löhne beschränken. Den schwächsten Schichten der Bevölkerung muss die

Angst genommen werden. Dies erfolgt durch Stärkung und Ausweitung ihrer Rechte (auf Wohnen zu einem annehmbaren Preis, auf Arbeit, auf eine höhere Schulbildung und auf ständige Weiterbildung usw.), denn diese Rechte sind universal, das heisst für alle gültig.

Um überhaupt in der Lage zu sein, die Rolle, die ihnen zugeordnet ist, bei diesem Kurswechsel in der Immigrationspolitik und im Aufbauprozess einer modernen, multikulturellen Gesellschaft wahrzunehmen, müssen die Gewerkschaften zwei Schritte vollziehen:

- Der vorherrschenden Argumentation, die Migrantinnen und Migranten seien lediglich Arbeitskräfte und das Phänomen Migration sei nur in Bezug auf den Wohlstand zu messen, der für die lokale Bevölkerung generiert wird, muss zwingend ein Riegel geschoben werden. Wir müssen eine Politik der Rechte und der Integration fördern. Die Reduktion der Menschen auf Arbeitskräfte und auf Wirtschaftsfaktoren ist ein kultureller Rückschritt für die Arbeiterbewegung, der katastrophale Auswirkungen zeigt.
- Seien wir konsequent, auch in unserer eigenen Organisation. Das heisst, zum Beispiel, von einer Gewerkschaft zum Schutz der Löhne zu einer Gewerkschaft zum Schutz der Rechte zu werden und den organisatorischen und kulturellen Veränderungsprozess von einer Branchengewerkschaft zu einer interprofessionellen Gewerkschaft zu Ende zu führen.

Ich schliesse diesen kurzen Text mit einer Einladung zur Selbstreflexion ad absurdum: Wer im 21. Jahrhundert aus dem linken Lager mit scharfer Zunge und kernigen Slogans gegen den freien Personenverkehr argumentiert, verfängt sich in drei Widersprüche:

1) Es ist, wie wenn man sich um 1800 angesichts der Probleme der neu aufkommenden Städte und der Entstehung des industriellen Proletariats gegen die Abschaffung des Leibeigentums stark gemacht hätte. 2) Man kann nicht für eine Neuverteilung des Reichtums kämpfen, ohne zu akzeptieren, dass dieser zwischen den Ländern (und Regionen) aufgeteilt werden muss. Migrationsflüsse sind eine Form von Neuverteilung; in vielen Fällen ist es die einzige Form und sicher im Moment die bedeutendste. 3) Man kann nicht nostalgisch und die Vergangenheit verherrlichenden Träumereien nachhängen. Denn jene Vergangenheit war alles andere als herrlich und war viel mehr von Elend und Not und Leiden geprägt, als wir in Erinnerung behalten haben,¹⁸ und vor allem weil die Linke nach eigener Definition für Innovation und Zukunft steht. Eine linke politische Bewegung, die sich am Rückspiegel orientiert, hat keine Zukunft.

Anmerkungen

- 1 Referat des Politologen Thomas Milic an der Sitzung der Unia-Migrationskommission vom 15.2.2014. Siehe auch «Bruch mit der EU in Kauf genommen». In: Neue Zürcher Zeitung vom 3.4.2014. www.nzz.ch/aktuell/schweiz/europapolitische-risiken-in-kauf-genommen-1.18276614 (Abfrage 18.8.2014).
- 2 Luca Ricolfi, 2014: *L'enigma della crescita*. Milano, 159.
- 3 Zu dieser Elite gehören auch immer mehr ausländische Manager und ein Teil der modernen «Nomaden der Wissenswirtschaft».
- 4 Angefangen bei den Bauarbeitern, dem Reinigungspersonal, den Kassiererinnen in den Supermärkten, die bis spät abends offen sind, und den Betreuerinnen von betagten Menschen bis hin zu einem Grossteil der Ärzteschaft und des Pflegepersonals in den Spitälern.
- 5 Zur Bedeutung des Konzepts der Gleichheit im Gedankengut der Linken siehe Nadia Urbinati «Destra e sinistra ai tempi della xenofobia», Rezension des Buches von Norberto Bobbio *Destra e sinistra. Ragioni e significati di una distinzione politica*, erschienen in der italienischen Tageszeitung *La Stampa* vom 4.9.2009.
- 6 Siehe das Umsetzungskonzept der Masseneinwanderungsinitiative, das von Bundesrätin Sommaruga am 20.6.2014 vorgestellt worden ist und die darauffolgende Debatte.
- 7 In den nächsten 10 Jahren rechnet man als Folge des physiologisch bedingten Austauschprozesses der Arbeitskräfte der Babyboomer-Generation, die ab 2015 das Rentenalter erreichen werden, mit einer Zunahme des «Zuwanderungsbedarfes» von mindestens 600 000 Menschen.
- 8 Was in den letzten Jahren auf dem Arbeitsmarkt des Kantons Tessin passiert ist, kann als Beispiel betrachtet werden (siehe dazu auch den Artikel von Beat Allenbach in diesem Heft).
- 9 Schon heute sind 60 Prozent der Leiharbeiter (Angestellte einer Temporärfirma) Einwanderer.
- 10 Zum Prekariat siehe Luciano Gallino, 2014: *Vite rinviate. Lo scandalo del lavoro precario*. Rom.
- 11 Amartya Sen, 2006: *Identity and Violence. The Illusion of Destiny*. New York.
- 12 Als Beispiel für das Eindringen des Nationalismus auch dort, wo man es am wenigsten erwarten würde: Die Gewerkschaft Unia braucht den Slogan «Ein starkes Land mit fairen Löhnen» (auf Deutsch und Französisch, im Italienischen mit umgekehrter Wortstellung) und die Landesflagge in den Schirmen, die auf den Plakaten als Symbol für die Schutzfunktion der Mindestlöhne stehen. Beides, Slogan und Flagge mit dem Schweizerkreuz, wurden von den sozialen Bewegungen, die im Bereich Migration aktiv sind, kritisiert.
- 13 Ein Zeichen dafür ist zum Beispiel die intensive Verwendung (auf Italienisch) des Begriffes «salarati» statt «lavoratori».
- 14 Die Ecopop-Initiative fordert, dass die jährliche Nettozuwanderung in die Schweiz nicht mehr als 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung betragen darf. www.ecopop.ch.
- 15 Das war der Slogan der Kundgebung vom 1. März 2014 auf dem Bundesplatz: «Für eine offene und solidarische Schweiz».
- 16 Es handelt sich um a) eine praktische und b) eine theoretische Überlegungen: a) Die Kräfteverhältnisse werden sich in den nächsten Jahre nicht so rasch ändern und vor allem b) kann man einen Entscheidungsprozess, aus dem die Betroffenen ausgeschlossen sind, nicht als Demokratie bezeichnen.
- 17 Leonardo Zanier, 2012: *Liberi di ... dover partire*. Rom.
- 18 Zu Elend und Not, die zum Beispiel mit dem Saisonierstatut verbunden waren, siehe Marina Frigerio, 2014: *Verbotene Kinder. Die Kinder der italienischen Saisoniers erzählen von Trennung und Illegalität*. Zürich.